Voraussetzungen für die Inbetriebnahme einer stationären Geschwindigkeitsmessanlage zur Überwachung des fließenden Verkehrs

- **2 Wochen durchgängige Geschwindigkeitsmessungen am vorgesehenen Standort**

Zuständig: Ordnungsamt

Benötigte Daten u.a.:

- Verkehrsaufkommen
- Überschreitungsquoten
- Höchstgeschwindigkeiten

- **Prüfung und Zustimmung (Stellungnahme)**

Zuständig: Hessische Polizeiakademie

Dauer: ca. 4 -8 Wochen

„Vor der Einrichtung von Messstellen für den Betrieb ortsfester Geschwindigkeitsmessanlagen ist die Polizeiakademie Hessen anzuhören. Diese beteiligt die örtlich zuständige Polizeibehörde. Die Einrichtung einer solchen Messstelle ist ohne Anhörung der Polizeiakademie Hessen unzulässig.“ (Erlass des Hessischen Ministers des Innern und für Sport vom 5.2.2015)

Benötigte Unterlagen:

- Übersichtsplan/-karte mit Markierung der vorgesehenen Standorte
- Übersichts- und Nahbereichsfotos der vorgesehenen Standorte
- Verkehrszeichenplan der vorgesehenen Standorte
- Messergebnisse verdeckter Geschwindigkeitsmessungen an den vorgesehenen Standorten über einen Zeitraum von mindestens 2 Wochen (Verkehrsaufkommen, Überschreitungsquoten, Höchstgeschwindigkeiten)
- Informationen über bereits getroffene Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung bzw. Verkehrssicherheit

Nach Übersendung der Unterlagen erfolgt ein Ortstermin mit der Hessischen Polizeiakademie.

- **Öffentliche Beleuchtung für den E-Anschluss**

Zuständig: OVAG

- **Gießen eines Fundamentes (nur bei Plustemperaturen)**

Zuständig: Bauamt

- **Einrichtung der Anlage**

Zuständig: Hersteller der Messanlage

- Einbau der Mess- und Fototechnik (Radarsensor, Blitzgenerator, Messgerät, Digitalkamera)
- Ein- und Ausrichtung der Technik (Messwinkel, Neigungswinkel)

- **Eichung**

Zuständig: Hessische Eichdirektion

- **Inbetriebnahme (Scharfschaltung)**

Zuständig: Ordnungsamt